

Universität Tartu

Fakultät für Geisteswissenschaften

Institut für Fremdsprachen und Kulturen

Abteilung für Deutsche Philologie

**Zum Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und
der Teilnahme an einer Energiegemeinschaft in Deutschland
im Zeitraum 2021-2024**

Bachelorarbeit

Verfasserin: Bettina Päre

Betreuer: innen: Daniel Kulesza, Elis Vollmer

Tartu 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften.....	4
2.1 Definition und Ziel.....	4
2.2 Aktuelle Situation mit Energiegemeinschaften in Deutschland.....	6
3. Politische Einstellungen in Deutschland ab 2021	6
3.1 Bundestagswahl 2021: Energie- und Klimapolitik in Wahlprogrammen	7
3.2 Unterschieden im Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland	9
3.3 Studie: Individuelle Bereitschaft zum Klimaschutz.....	10
4. Untersuchungsgegenstand	11
4.1 Methodenauswahl	11
4.2 Expert*innen-Interview	12
4.3 Auswahl der Zielgruppe.....	13
4.4 Interviewleitfaden	13
5. Ergebnisse.....	15
6. Fazit.....	23
7. Quellenverzeichnis	24
8. Resümee	29
9. Annotation	30
10. Selbstständigkeitserklärung	31
11. Lihtlitsents	32
12. Anhang.....	33
12.1 Anhang 1: Statistische Angaben zum E-Mail-Austausch	33
12.2 Anhang 2: Interviewleitfaden.....	34
12.3 Anhang 3: Beispiel-E-Mail 1:.....	36
12.4 Anhang 4: Beispiel-E-Mail 2:.....	37

1. Einleitung

In den letzten Jahren gibt es in der Europäischen Union zunehmend Diskussionen über den Einsatz grüner Energie im Kontext der Klimakrise. Die Internationale Energieagentur (IEA) berichtet, dass bei Einhaltung des Net-Zero-Szenarios der globale durchschnittliche Temperaturanstieg bis 2050 einen Höchstwert von 1,65 Grad erreicht und danach langsam zurückgeht (vgl. IEA 2025: 38). In der Fachliteratur und in den Medien wird in erster Linie über Maßnahmen der großen Unternehmen und globalisierten Institutionen zur Erreichung dieses Ziels gesprochen. Maßnahmen für Aktionen auf individueller Ebene finden jedoch in der Öffentlichkeit weniger Beachtung. Eine in dem Clean Energy for All Europeans Package veröffentlichte Lösung ist, Energie durch eine Energiegemeinschaft zu erzeugen (vgl. Europäische Kommission 2019). Energiegemeinschaften sind Rechtspersonen, die Bürgerinnen und Bürger, kleine Unternehmen und lokale Behörden in die Lage versetzen, ihre eigene Energie zu erzeugen, zu verwalten, gemeinsam zu nutzen und zu verbrauchen (vgl. Europäischer Rechnungshof 2026: 4). Energiegemeinschaften bieten sozioökonomische Vorteile; so können beispielsweise einige Energiegemeinschaften durch niedrigere Energiepreise als die marktüblichen Preise dazu beitragen, die Energiearmut zu bekämpfen (vgl. Vansintjan/Vrettos 2023). In anderen Fällen können sie Risiken mit sich bringen, wie zum Beispiel einen Mangel an finanziellen Mitteln, was ein wesentlicher Grund für die Unterrepräsentation benachteiligter Gruppen sein kann (vgl. Hanke/Guyet 2023). Das Konzept der Energiegemeinschaften etablierte sich in Deutschland bereits in den 1970er Jahren als Antwort auf die Ölkrise (vgl. Kitsikopoulos 2020).

In der EU-Solarstrategie von 2022 hat die Europäische Kommission das politische Ziel formuliert, dass in jeder Gemeinde mit mehr als 10.000 Einwohnern bis zum Jahr 2025 mindestens eine auf erneuerbaren Energien basierende Energiegemeinschaft etabliert werden soll (vgl. Europäische Kommission 2022: 4). Im Januar 2025 war dieses Ziel erst zu 27 % erreicht (vgl. Europäischer Rechnungshof 2026: 7). Die Nachfrage nach Gründung von Energiegemeinschaften steigt in Europa, besonders in Deutschland, Dänemark und Frankreich (vgl. Gente 2025). In einigen EU-Mitgliedstaaten sind EGs ein neues, aufkommendes Konzept, zum Beispiel der kürzlich etablierte Solarpark in Obinitsa, Setomaa, wobei die von lokalen engagierten Menschen gegründete Energiegenossenschaft „Oma Elekter“ die erste ihrer Art in Estland ist (vgl. Daly 2026). Trotzdem enthalten Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften neue Regeln und

Herausforderungen für Bürger*innen und Autoritäten, was den Prozess der Etablierung und des Beitretens erschwert.

Vor diesem Hintergrund wird sich die vorliegende Bachelorarbeit mit den Herausforderungen der Energiegemeinschaften beschäftigen. Das Ziel der Bachelorarbeit wird anhand von drei Forschungsfragen erreicht. Die Forschungsfragen sind: wie der Prozess der Gründung einer Energiegemeinschaft in Deutschland aussieht und inwieweit die politischen Ansichten der Menschen ihre Beteiligung daran beeinflussen. Hierbei wird auch untersucht, ob sich die Teilnahme an Energiegemeinschaften in West- und Ostdeutschland unterscheidet. Diese Forschungsfragen werden durch Expert*innen-Interviews beantwortet.

In dem ersten Kapitel werden der Begriff der Erneuerbaren-Energiegemeinschaft (EEG) und die Gründung einer EEG beschrieben. Im zweiten Kapitel werden die politischen Einstellungen in Deutschland ab 2021 basierend auf den Wahlergebnissen aus der Bundestagswahl 2021 behandelt, außerdem wird die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Klimaschutz-Initiative am Beispiel einer Studie von der Universität Bonn, Universität zu Köln und dem Reinhard Selten Institute dargestellt (vgl. Falk, Fallak, Stötzer 2022: 3). Im dritten Kapitel werden die Methodik der Untersuchung und der Aufbau des Interviews erläutert. Das vierte Kapitel befasst sich anschließend mit der Analyse der Ergebnisse der Interviews und präsentiert die Muster, die in den Antworten sichtbar wurden.

2. Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften

Mit der Intensivierung der globalen Erwärmung entstehen immer mehr Lösungen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Eine davon ist Energiegemeinschaften, die eine Möglichkeit sind, durch die Einzelpersonen direkt zur Energiewende beitragen können (vgl. DGRV 2022). In diesem Kapitel wird das Konzept der Energiegemeinschaften anhand eines konkreten Beispiels erläutert. Die offiziellen Definitionen des Deutschen Bundestages und der Europäischen Kommission werden für Erklärungen genutzt.

2.1 Definition und Ziel

Laut der Sachstandsangabe der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (2024: 7) sind Erneuerbare-Energiegemeinschaften (EEG) eine Form des „Energy

Sharing‘ (gemeinsame Nutzung von Energie), die die gemeinsame Erzeugung und Nutzung von nachhaltig produziertem Strom bezeichnet. Das Ziel einer solchen Gemeinschaft „darf nicht im finanziellen Gewinn liegen, sondern darin, den Mitgliedern oder Anteilseignern ökologische, wirtschaftliche oder sozialgemeinschaftliche Vorteile zu bringen“ (ebd.).

Das Konzept der Energiegemeinschaften ist eines der Elemente und Beschleuniger des Green Deals der Europäischen Union, der 2019 ins Leben gerufen wurde. Sein Ziel ist es, die Emissionen zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 ein klimaneutrales Europa zu erreichen (vgl. Europäische Kommission, o.J.).

Ein konkretes Beispiel kommt aus Jühnde, einem Bioenergiedorf in Niedersachsen. Dort soll möglichst so viel Strom aus Biomasse erzeugt werden, wie vor Ort verbraucht wird. Mithilfe von Biogastechnologie und einem Blockheizkraftwerk können auch Wärmebedarfe gedeckt werden, sofern landwirtschaftliche Reststoffe und Gülle verfügbar sind (vgl. ibeg 2025).

Die Kosten und Gewinne einer Energiegemeinschaft sind von Ort und Größe abhängig. Beispielsweise bei der Natur-Energie Region Hannover eG erwerben die Neumitglieder einen Geschäftsanteil im Wert von 2.000 Euro (vgl. NaturEnergie Region Hannover, 2026). Dieses Kapital fließt direkt in den Bau und Betrieb regionaler Photovoltaikanlagen und bleibt wirtschaftlich im Eigentum des Mitglieds. Es kann bei einem späteren Austritt zurückgefordert werden. Im Gegenzug erhält das Mitglied ein Stimmrecht in der jährlichen Generalversammlung sowie einen Anspruch auf Gewinnbeteiligung in Form einer Dividende. Der Geschäftsanteil ist daher weniger eine Gebühr als vielmehr eine gemeinschaftliche Investition in die lokale Energiewende.

Die EEGs sind mit dem öffentlichen Stromnetz verbunden und können die Energie, die sie selbst erzeugt haben, für andere Ziele als nur Strom verwenden, (z.B. Heizung) (vgl. Deutscher Bundestag: 2024: 7).

Laut der Europäischen Union dienen die EEGs als Plattformen für Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam erneuerbare Energie produzieren, indem sie in Solaranlagen, Windturbinen oder andere Formen sauberer Energie investieren. Es handelt sich dabei nicht um gewinnorientierte Unternehmen; das Ziel solcher Projekte besteht darin, dass mehrere Haushalte innerhalb eines Bezirks ihre Energie möglichst eigenständig erzeugen und nutzen können (vgl. Europäische Union, 2023).

2.2 Aktuelle Situation mit Energiegemeinschaften in Deutschland

Deutschland weist im europäischen Vergleich mit mehr als 1.700 Energiegemeinschaften die höchste Anzahl auf (vgl. Deutscher Bundestag, 2024). Energiegemeinschaften sollen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen, indem sie Strom gemeinsam erzeugen und nutzen. Gleichzeitig können sie finanziell von der Energieproduktion profitieren und Strom unabhängig von Gaspreisen beziehen (vgl. ebd.).

Rund 60% der Energiegenossenschaften sind im Bereich von Photovoltaikparks tätig, 31% in der Wärmeversorgung und Biomasse, 20% in der Windenergie, 15% im Energiehandel, 9% im Biogasbereich, 4% in der Wasserkraft und 8% in der Beratung. Da man gleichzeitig in mehreren Tätigkeitsbereichen tätig sein kann, ergibt sich eine Gesamtsumme von über 100% (vgl. Kitsikopoulos 2020). Welche Rolle Erneuerbare-Energiegemeinschaften und das Klima im Zusammenhang mit Wahlen spielen, wird in den folgenden Kapiteln untersucht.

3. Politische Einstellungen in Deutschland ab 2021

Nachdem die wichtigsten Begriffe definiert wurden, werden im folgenden Kapitel sowohl die Einbeziehung von Klima- und Energiethemen in den Bundestagswahlkampf als auch das Wahlverhalten der Bevölkerung behandelt. Als Grundlage dienen dabei die Ergebnisse der Wahlen aus dem Jahr 2021.

Laut der Studie von Mariusz Ruszel und Nicole Kaim-Albers (2017: 133) liegen die Interessen Deutschlands im Energiesektor zu einem großen Teil in seiner Außenpolitik: Da Deutschland geographisch in der Mitte der EU liegt, beeinflussen die Entscheidungen, die auf der nationalen Ebene gemacht werden, auch die umgrenzenden Länder. Da es einen dominierenden Teil ihrer Außenpolitik bildet, ist die Konkurrenzfähigkeit des Landes wichtig für seine Entwicklung (vgl. ebd.). Daraus lässt sich ableiten, dass der Aufbau von Energiegemeinschaften eine Priorität in der Politik des Landes sein könnte.

Klima wurde nicht von allen Parteien im Deutschen Bundestag unterstützt, denn die Gründe für die Zuweisung der Finanzmittel unterschieden sich je nach Partei. Abbildung 1 zeigt, wie oft das Thema „Klima“ in den einzelnen Wahlkampagnen des Jahres 2021

genannt wurde (s. Abbildung 1) (vgl. Gemmer 2022).

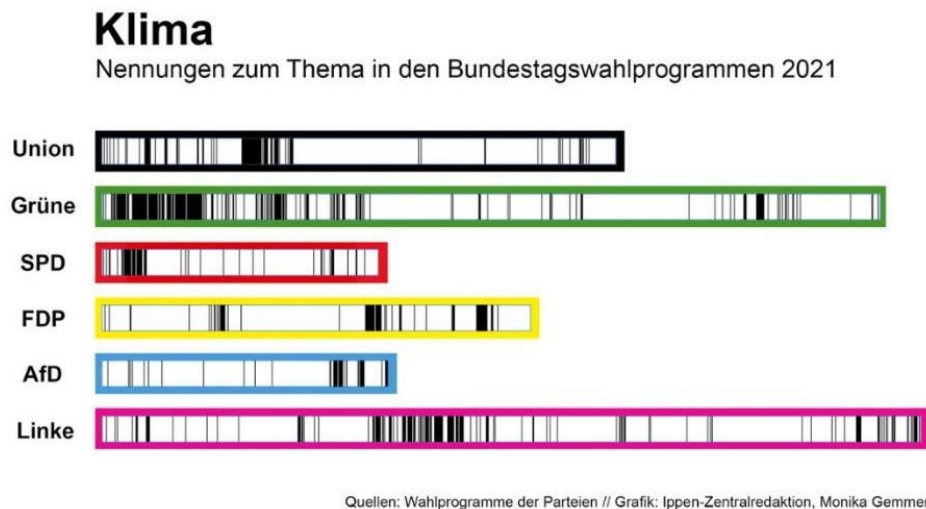


Abbildung 1: Klima in den einzelnen Bundestags-Wahlprogrammen 2021 (vgl. Gemmer 2022).

Hendrik Träger (2022a: 14) stellt fest, dass im Jahr 2021 die Zweitstimmenverteilung der Grünen deutlich den früheren Ost-West-Grenzverlauf widerspiegelt. Mit Ausnahme Berlins deutet dies darauf hin, dass die Partei zwei deutlich voneinander abgegrenzte Wählergruppen bedient. Es ist auch erkennbar, dass sie Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ihr Image als westdeutsche Partei noch nicht vollständig überwunden hat, was sich in ihrem deutlich geringeren Stimmenanteil in den neuen Bundesländern widerspiegelt (vgl. ebd.).

3.1 Bundestagswahl 2021: Energie- und Klimapolitik in Wahlprogrammen

Auf der Grundlage der Übersicht über die Parteiprogramme von „Clean Energy Wire“ (vgl. Amelang et al.: 2021) zeigt die Einordnung der politischen Positionen zu Klima und Energie, wie die deutschen Parteien an die Wahl 2021 herangegangen sind. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gingen die wichtigsten klimapolitischen Themen mit den ehrgeizigsten Zeitplänen an, beispielsweise indem sie Klimaneutralität bis 2035 oder 2041 anstrebten und ein sofortiges Verbot von Verbrennungsmotoren oder Kurzstreckenflügen vorschlugen. Im Vergleich dazu erkennen die CDU/CSU und die FDP zwar internationale Klimaziele an, sind in ihren Aussagen aber nicht so anspruchsvoll wie die vorhergenannten Parteien. Im Gegensatz dazu ist die AfD die einzige Partei, die den Klimaschutz aus ihren Prioritäten ausschließt und stattdessen für

einen vollständigen Ausstieg aus dem Pariser Abkommen sowie die Abschaffung jeglicher CO₂-Besteuerung eintritt (vgl. ebd.).

Die Parteien, die nach der Wahl in den Bundestag gewählt wurden, haben direkt Energiegemeinschaften auch in ihrem Parteiprogramm erwähnt. Zum Beispiel, in dem Zukunftsprogramm von SPD steht:

*Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien und die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort, beispielsweise durch Energiegenossenschaften, werden das Herzstück unserer Klimaschutz- und Energiepolitik (SPD-Zukunftsprogramm, 2021).*

Die Grünen sagen in dem einleitenden Kapitel ihres Programms, dass weitgreifendes Engagement von Bürger*innen bei den Erneuerbare-Energieprojekten eine Priorität ist:

Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieterinnen wie Hausbesitzerinnen. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. [...] Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. [...] Deshalb werden wir Bürgerinnen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich garantierten Möglichkeiten für Bürgerinnen-Energiegemeinschaften vollumfänglich ausschöpfen (Die Grünen, 2021).

Die Situation sieht ähnlich aus auch in den Wahlprogrammen von Die Linke und CDU/CSU, die Energiegemeinschaften unterstützen wollen und „direkte demokratische Mitgestaltung der Bevölkerung“ fördern wollen. Von den Parteien, die in den Bundestag gewählt wurden, haben die FDP und die AfD die EGs nicht direkt erwähnt. Während die FDP das Pariser Abkommen anerkennt und der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele Priorität einräumt (FDP 2021: 45), behauptet die AfD Folgendes zum Ausbau der erneuerbaren Energien:

Der politisch-ideologisch forcierte und staatlich subventionierte Ausbau regenerativer Energien ist nicht nur ein ökonomisches Desaster, sondern belastet auch unsere Heimat, unser Lebensgefühl und unsere Natur in erheblichem Maße. Wir lehnen die undurchsichtigen Verfahren ab, die den Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien über die Köpfe der Bürger hinweg ermöglichen (AfD 2020).

Die folgende Abbildung demonstriert die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 nach Zweitstimmen. Rot steht für SPD, Schwarz für CDU/CSU, Blau für AfD und Grün für Grüne (s. Abbildung 2). Die Wahlergebnisse von 2021 zeigen eine größere Unterstützung für die SPD, die mehr als die Hälfte der Stimmen erhielt (vgl. Blickle et al. 2021). Im Prinzip spiegelt dies auch die Unterstützung für Energiegemeinschaften wider, die in ihrem Wahlprogramm beschrieben wurde.

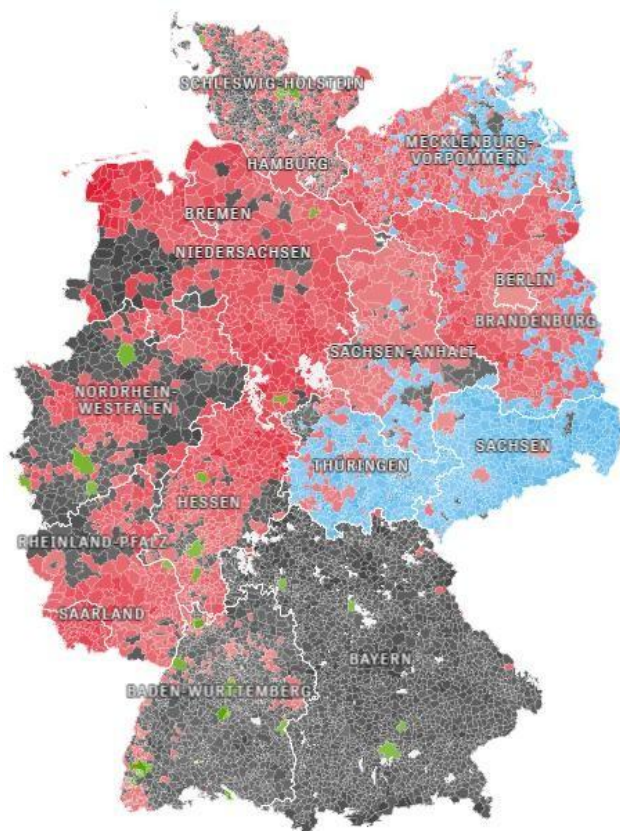


Abbildung 2: Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 nach Gemeinden (vgl. Blickle et al. 2021)

3.2 Unterschieden im Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland

Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 sind die Auswirkungen der unterschiedlichen staatlichen Anordnungen zwischen früheres West- und Ostdeutschland noch in den Wahlergebnissen erkennbar. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 zeigen eine Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland, die sich in den Parteipräferenzen widerspiegelt. Die folgende Abbildung zeigt die Wahlergebnisse bei der Wahl 2021 in West- und Ostdeutschland (s. Abbildung 3) (vgl. Janson 2021).

Bei der Wahlbeteiligung besteht ein Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland, wobei Westdeutschland regelmäßig eine höhere Wahlbeteiligung aufweist als Ostdeutschland. Bei der Bundestagswahl 2021 lag die Wahlbeteiligung im Westen bei 77,2 %, im Osten hingegen bei 74,0 %. Daraus ergibt sich ein Unterschied von 3,2 % zwischen den beiden Regionen, was den zweitgeringsten Abstand seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 darstellt (Träger 2022b). Diese Unterschiede in der Wahlbeteiligung stehen im Zusammenhang mit regionalen Differenzen im Wahlverhalten und in der Zufriedenheit mit der Demokratie.

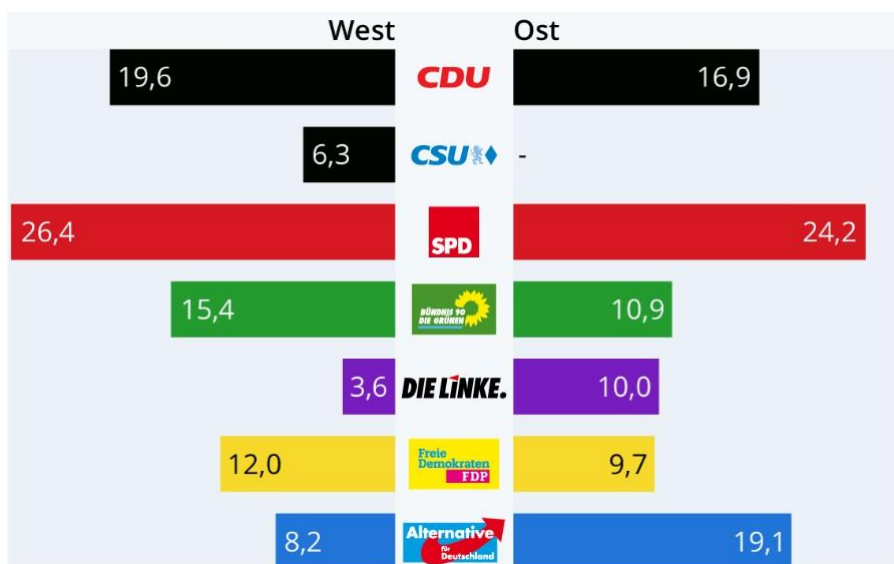


Abbildung 3: So haben Ost und West gewählt. Bundestagswahl 2021 (vgl. Janson 2021).

Einkommen hat auch eine direkte Korrelation mit der Zufriedenheit mit der Demokratie. Laut Welsch (2022: 200) werden im Osten höhere Löhne und ein höheres Angebot an Jobs als die Verantwortung des Staates gesehen. Wie auch im Jahresbericht der Bundesregierung 2019 dargelegt wurde:

Besorgniserregend sind die Zustimmungswerte für die Demokratie im Osten Deutschlands: Knapp die Hälfte der Menschen im Osten ist eher unzufrieden mit ihrer Funktionsweise. Diese Unzufriedenheit findet auch einen Ausdruck in den signifikant unterschiedlichen Wahlergebnissen im Osten und im Westen in den letzten Jahren (BMWi 2019: 13).

Im Kontrast dazu wurden in Westdeutschland die Redistributionsentscheidungen (Steuern, Subsidien usw.) höher bewertet und mehr im Kontakt mit Staatsverantwortung als hohe Löhne (Welsch 2022: 200).

Betrachtet man das mittlere verfügbare Nettohaushaltseinkommen des Jahres 2024, zeigt sich ein Wohlstandsgefälle zwischen den Regionen: Mit 38.127 Euro im Westen gegenüber 32.833 Euro im Osten ergibt sich eine Lücke von 5.294 Euro, was einem Rückstand von 13,9 Prozent für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, teilweise Berlin und Sachsen entspricht (dts Nachrichtenagentur, 2025). Die Lohnlücke zwischen

3.3 Studie: Individuelle Bereitschaft zum Klimaschutz

Im Jahr 2022 wurde eine Untersuchung zum Thema „Individuelle Bereitschaft zum Klimaschutz“ von ECON Tribute durchgeführt (vgl. Falk, Fallak, Stötzer 2022: 3). Die

Autoren betonen die Bereitschaft der Menschen, sich am Klimaschutz zu beteiligen. In einer Umfrage konnten fast 2.000 Menschen entscheiden, was sie mit 198 Euro machen wollten: entweder an eine gemeinnützige Klimaorganisation spenden, die ihren CO₂-Fußabdruck ein Jahr lang ausgleicht, oder etwas für sich selbst ausgeben. Die Ergebnisse zeigen: 90% der Befragten entschieden sich für die Unterstützung einer Klimaorganisation, wobei die durchschnittliche Spendensumme etwa 50% des verfügbaren Geldes betrug. AfD-Wähler spendeten dabei den geringsten Betrag (vgl. ebd.).

Gleichzeitig verändern sich die Prioritäten parallel zu den aktuellen weltweiten Ereignissen. Nach einer Studie aus 2024 (vgl. Hirndorf 2024: 8) bewerten Deutsche den Klimaschutz heute weniger stark als noch vor einigen Jahren. Die aktuellen Krisen haben dazu geführt, dass die wirtschaftliche Stabilität für Bürger*innen wieder wichtiger geworden ist als ökologische Ziele (vgl. ebd.).

4. Untersuchungsgegenstand

Um die in dieser Arbeit entwickelten Forschungsfragen zu beantworten, wurde ein qualitativer Ansatz in Form von Expert*innen-Interviews gewählt. Dafür hat die Autorin einen Interviewleitfaden (s. Anhang 2) zusammengestellt, der in 3 Teile gegliedert wurde. Die Strukturierung des Interviewleitfadens basierte auf den Leitlinien der Lernplattform für Methoden und Methodik der Sozialanalyse (vgl. Lepik et. al. 2025). Nach diesen Richtlinien wurden die Interviewfragen in Themenblöcken und ausgehend von den Forschungsfragen zusammengestellt. Im ersten Unterkapitel die Wahl der Methodik beschrieben; danach wird im zweiten Abschnitt begründet, warum Expert*innen Interviews eine geeignete Methode zur Untersuchung dieses Themas sind. Im dritten und vierten Unterkapitel werden die Auswahl der Zielgruppe sowie der Interviewleitfaden erläutert.

4.1 Methodenauswahl

Flick (2012: 126) räumt ein, dass qualitative Forschung oft eher einem zirkulären als einem linearen Modell folgt, bei dem Datenerhebung, Analyse und Entscheidungen zur Stichprobenauswahl gleichzeitig stattfinden. Er argumentiert, dass Expert*innen Interviews sinnvoll sind, wenn der Forscher weniger an der persönlichen Biografie einer

Person interessiert ist, sondern an ihrer Rolle als Expert*in in ein bestimmtes Fachgebiet reflektieren kann (vgl. Flick 2012: 146). Daher wurde für diese Arbeit ein qualitatives Vorgehen gewählt. Um zu untersuchen, ob ein Zusammenhang zwischen den politischen Einstellungen der Deutschen und ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an einer Energiegemeinschaft besteht, wurden im Rahmen dieser Bachelorarbeit qualitative halbstrukturierte Expert*innen-Interviews durchgeführt.

Zur Analyse der Ergebnisse wurde eine qualitative Inhaltsanalyse von Mayring (vgl. 2015: 67) verwendet; dabei wurden Zusammenfassung und Strukturierung eingesetzt. Die Interviews derjenigen, die einer Aufnahme zugestimmt hatten, wurden transkribiert und für die Analyse aufbereitet. Zur Datenanalyse wurde eine thematische Analyse durchgeführt (vgl. Mayring 2015: 119). Zunächst wurden die Transkripte und Notizen wiederholt gelesen und wiederkehrende Themen und Ausdrücke erfasst. Antworten mit ähnlichem Inhalt wurden thematisch gruppiert. Die Analyse berücksichtigte sowohl wiederkehrende Muster in den Antworten als auch Unterschiede zwischen den Interviewpartnern. Zudem wurde untersucht, ob sich eher systematische Unterschiede zwischen Interviewpartnern mit unterschiedlichem Hintergrund oder individuelle Schwerpunkte zeigten. Ziel der Zusammenfassung in der Analyse ist, die enthaltenen Informationen zu reduzieren, ohne dabei den Kerngedanken zu verlieren. Bei der Datenanalyse wurde eine Strukturierung dadurch verwendet, dass die Daten entsprechend den Forschungsfragen kategorisiert wurden.

4.2 Expert*innen-Interview

Der Leitfaden für das Expert*inneninterview hat drei Arten: explorationsorientierende, systematisierende und theoriegenerierende Expert*innen-Interviews. Diese Arbeit verwendet einen systematisierenden Interviewleitfaden, da das Ziel ist, frühere Erkenntnisse zu untermauern, zu vergleichen und das kontextuelle Verständnis des Themas zu erweitern (vgl. Flick 2012: 216). In den folgenden Kapiteln wird der Prozess Schritt für Schritt beschrieben.

Dieser methodische Rahmen bildet die Basis für die Beantwortung der zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit. In dieser Arbeit wird untersucht, wie der Prozess der Gründung einer Energiegemeinschaft in Deutschland aussieht, inwieweit die politischen Ansichten der Menschen ihre Beteiligung daran beeinflussen und ob die Teilnahme an EGs sich in West- und Ostdeutschland unterscheidet.

4.3 Auswahl der Zielgruppe

In dieser Bachelorarbeit wurde zur Auswahl der Zielgruppe eine gezielte Schneeball-Stichprobe verwendet. Die ersten Kontaktpersonen wurden über berufliche und akademische Netzwerke ermittelt, die wiederum weitere Teilnehmer empfahlen, die die Auswahlkriterien erfüllten. Die Autorin hat festgelegt, dass die Auswahlkriterien vorsehen, dass die Expert*innen entweder in Deutschland angesiedelt oder bei einer übergeordneten Institution wie der Europäischen Kommission beschäftigt sein müssen, sodass sie mit dem politischen Kontext in Deutschland oder dem Energiesektor vertraut sind. Die endgültige Auswahl der zu interviewenden Personen setzt sich aus Fach-Expert*innen zusammen, die entweder in Forschungspositionen, beispielsweise an Forschungsinstituten oder Universitäten, tätig sind, in deutschen nationalen Organisationen mitwirken und/oder außerhalb Deutschlands arbeiten, ihre Tätigkeit jedoch mit Deutschland verknüpfen. Da es sich um eine kleine qualitative Zielgruppe handelt, war das Ziel nicht, die Ergebnisse auf die gesamte deutsche Bevölkerung zu verallgemeinern, sondern die Erfahrungen und Interpretationen der an der Studie beteiligten Expert*innen zu verstehen. Die schriftliche Kommunikation mit den Expert*innen per E-Mail dauerte von November 2025 bis März 2026; Beispiele für versendete E-Mails wurden im Anhang dieser Arbeit hinzugefügt (s. Anhang 3 und 4).

4.4 Interviewleitfaden

Die mündliche Interviewführung wurde im Zeitraum März-April 2026 durchgeführt. Die Autorin hat insgesamt 26 Personen angeschrieben, von denen 10 Personen nicht geantwortet haben. Von den Personen, die geantwortet haben, hat nur eine Person keine Kontaktdaten ihres Kollegen angegeben. Von allen kontaktierten Personen wurden 5 erfolgreich interviewt (s. Anhang 1). Unter den Befragten befanden sich vier Personen mit deutscher Nationalität und eine Person mit estnischer Nationalität. Der Experte aus Estland wurde ausgewählt, um das Spektrum der Befragten zu erweitern und eine Expertenmeinung einzuholen, die Deutschland aus einer größeren Distanz betrachtet. Vier Interviews wurden auf Deutsch und eines auf Englisch geführt. Die Interviews haben von 20 bis 40 Minuten gedauert.

Die Autorin hat einen einleitenden Text des Interviews verfasst, in dem sie die Interviewten über das Ziel der Untersuchung und die Vertraulichkeit der erhobenen Daten informierte (s. Anhang 2). Danach wurde das Interview in drei Themenblöcken

durchgeführt, wobei die Blöcke den einzelnen Forschungsfragen entsprachen. 4 von 5 Interviewten waren mit einer Aufnahme einverstanden. 2 von 5 Befragten wollten anonym bleiben; deshalb werden die Namen der Personen durch „A“ und eine nachfolgende Zahl ersetzt. Bei der Ergebnisanalyse werden keine konkreten Namen genannt. Die Anonymisierung wurde durch die Verwendung von Pseudonymen für die Befragten erreicht, durch die diese nicht identifiziert werden können: A1, A2, A3, A4, A5.

Im Folgenden werden diejenigen Personen kurz vorgestellt, die der Veröffentlichung ihrer Daten zugestimmt haben. Die Anonymität der anderen Expert*innen wurde dadurch gewahrt, dass nur eine kurze Beschreibung der Institutionen, an denen sie tätig sind, angegeben wurde.

Die erste Expertin und Forscherin kommt aus dem Reiner-Lemoine-Institut in Berlin. Das Institut engagiert sich für eine vollständige Energiewende durch die gezielte Förderung von Forschungsprojekten und wissenschaftlicher Arbeit (Reiner-Lemoine-Institut o. J.a). Sie befasst sich mit der Modellierung und Datenanalyse des Strombedarfs in Off-Grid-Systemen. Erneuerbare-Energiegemeinschaften gehören ebenfalls zu der vorstehend genannten Klassifizierung. Zusätzlich beschäftigt sie sich mit technisch-wirtschaftlicher Optimierung netzunabhängiger Systeme und Datenrecherchen zur globalen Energiewende (Reiner-Lemoine-Institut o. J.b).

Der Experte von der Universität Tartu beschäftigt sich sowohl mit dem Bereich Geografie und regionalen Studien, Biowissen und Umwelt als auch mit Natur -und Ingenieurwissenschaften und historisch-archäologischen Untersuchungen. Seine Forschung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien in Estland umfasst beispielsweise ein Projekt zur Neugestaltung der estnischen Energie-, Mobilitäts- und Telekommunikationssysteme. Im Jahr 2016 wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft in der Internationalen Akademie für Wissenschaftsgeschichte zuerkannt (ETIS o. J.).

Die dritte Expertin ist beim Bündnis-Bürgerenergie Deutschland tätig. Das Bündnis Bürgerenergie funktioniert als eine Plattform für die Engagierten der dezentralen Bürgerenergie (Bündnis Bürgerenergie e.V. o. J.). Zu ihren Aufgaben gehören die Bereiche Photovoltaik, Finanzierung sowie die Zusammenarbeit mit Bürgerenergiegemeinschaften und Kommunen. Mit über zehn Jahren Erfahrung im Bereich partizipativer Modelle für erneuerbare Energien liegt ihr Schwerpunkt auf digitalen Lösungen (Heinrich-Böll-Stiftung o. J.).

Die/der vierte Expert*in ist ein*e Beamter*in bei der Europäischen Kommission. Die/der fünfte Expert*in ist beruflich in der akademischen Forschung an der Universität Bonn tätig.

5. Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse von den gesammelten Antworten vorgestellt und analysiert. Die Antworten folgen derselben Reihenfolge des Interviewplans und entsprechen den drei zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit. In dieser Untersuchung diente die Methode in erster Linie nicht dazu, das Ausmaß der Polarisierung in den Antworten zu messen, sondern vielmehr dazu, die beruflichen Erfahrungen und Interpretationen der Expert*innen zu verstehen. In der Analyse wurde sowohl auf wiederkehrende Muster als auch auf Unterschiede zwischen den Befragten geachtet. Für direkte Zitate werden die Befragten als A1, A2, A3, A4 und A5 benannt, um die Vertraulichkeit zu wahren.

Forschungsfrage 1: Wie sieht der Gründungs-/Etablierungsprozess einer EG aus?

Mit der ersten Forschungsfrage wurden die Meinungen von Expert*innen zum Prozess der Gründung einer Gemeinschaft für erneuerbare Energien untersucht. Aus den Interviews wurde deutlich, dass der Prozess der Etablierung eher kompliziert für eine Person ist, die keine Vorkenntnisse über Businessplan- oder Projekterstellung hat. Die Mehrheit der Befragten hat betont, dass in vielen Fällen die meisten Engagierten entweder zur älteren Altersgruppe gehören, die mehr finanzielle Ressourcen und Freizeit hat, oder zu den Menschen zählen, die selbst professionell im Energiebereich tätig sind.

Bei der Frage über die Wichtigkeit des Interesses an EGs der Menschen hat eine Befragte deutlich gemacht, dass ohne persönliches Interesse die Energiegemeinschaften überhaupt nicht funktionieren würden:

A2: Es ist superwichtig, dass sie interessiert sind, weil das Konzept sonst überhaupt nicht funktioniert. Das ist essenziell.

Es stellte sich heraus, dass obwohl das Interesse an Energiegemeinschaften vorhanden ist, neigen die Menschen dazu, keine Taten auf ihre Absichten folgen zu lassen. Die Gründe dafür liegen nach Ansicht eines Expert*innen in den hohen Kosten und in teuren Änderungen, um das ganze Energienetzwerk umzubauen. Andere Expert*innen hoben die lange Dauer des bürokratischen Prozesses zur Gründung einer Energiegemeinschaft hervor.

Ein von den Befragten herausgestellter Kontrast betraf das Ausmaß des öffentlichen Interesses: Nach Ansicht einiger Befragter hängt die geringe Beteiligung von Faktoren wie Freizeit, einer Leidenschaft für Klimaprojekte und persönlichen Verbindungen durch die Arbeit im Energiesektor ab. Im Gegensatz dazu haben andere Expert*innen in ihren Forschungsprojekten festgestellt, dass bereits eine große Zahl von Menschen bereit ist, aktiv zu werden. Laut befragte Expert*innen gehört die Mehrheit der Mitglieder in Energiegemeinschaften zu den älteren Altersgruppen.

Auf die Frage, wer in den meisten Fällen den Prozess der Bewerbung bei einer EG in Angriff nimmt, gingen die Meinungen der Expert*innen auseinander. Einige betonten, dass die Initiative von Privatpersonen, Organisationen oder generell von unten nach oben ausgeht.

Andere sahen den Kern des Problems im System, das andere Optionen für den Energieverbrauch mit deutlich weniger Komplikationen und finanziellen Anforderungen bietet. Es wurde hervorgehoben, dass in dieser Situation kein Druck auf einzelne Personen ausgeübt werden darf. Zuzufolge einigen Befragten zeigt die Analyse des menschlichen Verhaltens, dass Menschen in großen Gruppen eher eine beobachtende Haltung einnehmen; daher übernehmen nur einzelne Personen die Führung:

A5: Menschen, die die Initiative ergreifen, um neue Dinge auf den Weg zu bringen – ich glaube, das ist nur eine Minderheit. Es gibt zwar einige, die bereit sind, solche Energiegemeinschaften selbst zu gründen, aber es besteht großes Potenzial dafür, dass andere ihrem Beispiel folgen.

Ein/eine Expert*in hat den Prozess des Beitritts zu einer EG Schritt für Schritt beschrieben, da in Deutschland es häufiger vorkommt, dass Menschen sich bevorzugt bestehenden Gemeinschaften anschließen, statt eine neue Energiegemeinschaft gründen. Für Neumitglieder gibt es eine Karte mit Energiegemeinschaften in ihrer Region, denen sie beitreten können. Sollten Sie mit den bestehenden Angeboten nicht zufrieden sein, besteht die Möglichkeit, einige Menschen aus der Region zusammenzubringen und mit ihnen eine neue Energiegemeinschaft zu gründen. Das Bündnis Bürgerenergie unterbreitet den Interessierten ein Angebot, das auf der optimalen Lösung für die Energieerzeugung in ihrer Region basiert. Es gibt auch spezifische Mentoring-Programme für den Erstellungsprozess einer EG.

Unter den Expert*innen gab es eine Person, die auch aktiv in einer Energiegemeinschaft mitwirkte. Ihre Empfehlung war, sich per E-Mail an eine bestehende

Energiegemeinschaft in der eigenen Region zu wenden. Da die Maßnahmen und Etappen beim Beitritt und Gründung je nach Bundesland sich unterschieden, ist es ihrer Meinung nach empfehlenswert, eine EG direkt zu kontaktieren, um die aktuellen Informationen zu erhalten.

Forschungsfrage 2: Inwieweit beeinflussen die politischen Ansichten der Menschen ihre Teilnahme an einer EG?

Die zweite Forschungsfrage zielte darauf ab, zu ermitteln, inwieweit die politischen Ansichten der Menschen ihre Beteiligung an der Energiewirtschaft beeinflussen. Die Frage, warum Menschen an Energiegemeinschaften (EGs) teilnehmen wollen, lässt sich in Motivationsdimensionen wie Klimaschutz, Profitieren, konkrete Aktion und Rechnungseinsparungen einordnen.

Die Interviews ergaben, dass einige Expert*innen zufolge der Klimaschutz eine zentrale Motivation für das Engagement der Bürger*innen ist. Viele verspüren das Bedürfnis, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, anstatt sich nur auf symbolische Schritte zu beschränken oder sich an Protesten und kommunalen Initiativen zu beteiligen. Für manche ältere Menschen besteht das Ziel darin, klimafreundliche Alternativen auch für künftige Generationen aufzubauen.

Einige Befragten betonen, dass steigende Unsicherheiten dazu führen, dass Bürger*innen ihre Abhängigkeit von externen Energiesystemen reduzieren möchten. Energiegemeinschaften werden in diesem Zusammenhang als Möglichkeit wahrgenommen, mehr Kontrolle über den eigenen Energieverbrauch zu gewinnen.

Laut Expert*innen spielen idealistische und gemeinschaftsorientierte Gründe eine wichtige Rolle für die EG-Teilnahme. Sie heben hervor, dass *Bottom-up-Aktionen*¹ gegenüber rein *top-down* gesteuerten Lösungen bevorzugt werden, insbesondere im Bereich der Nachhaltigkeit, denn die Menschen vor Ort haben den besten Überblick über die Dynamik in der Gemeinde und die lokalen Bedürfnisse. Leute in Gemeinschaft helfen gegenseitig für ein größeres Anliegen.

Einige befragte Personen wiesen darauf hin, dass ökonomische Anreize ein wesentlicher Motivationsfaktor sind; darüber hinaus ist die Teilnahme an Energiegemeinschaften

¹ Unter „Bottom-up-Aktionen“ versteht man Initiativen, die von Mitarbeiter*innen, Bürger*innen oder Mitgliedern ausgehen.

wahrscheinlicher, wenn die Menschen allgemein davon überzeugt sind, dass sich dadurch ihre monatlichen Rechnungen verringern oder sie von ihrem Zusatz an ihrer Investierung profitieren können. Niedrigere Kosten würden als starker Anreiz für die Menschen dienen, sich dem Energiesektor anzuschließen, da frühere Studien darauf hindeuten, dass die Bereitschaft dazu besteht.

*A1: Auch für Mieter*innen stellen EGs eine attraktive Möglichkeit dar, eine ethische Geldanlage mit persönlichem finanziellem Nutzen zu verbinden.*

Bei der Frage, inwieweit politische Ansichten die Teilnahme der Menschen beeinflussen, waren die Meinungen der Expert*innen geteilt. Laut 2 Befragten Personen können politische Ansichten die Teilnahme an einer EG beeinflussen, müssen aber nicht zwingend. Die Motivation ist in ihrer Meinung oft eine Mischung aus einer politisch-werteorientierten Einstellung und finanziellen Interessen, etwa durch frühe Gewinne aus Einspeisevergütungen in deutschen Energiegemeinschaften, die es attraktiv machen.

Laut anderen Expert*innen gibt es eine gewisse grundlegende, gemeinsame politische Ausrichtung, die eher in Richtung der Grünen, Mitte bis links, tendiert.

A2: Ich glaube, dass [politische Einstellungen] auch ein Teil des Konzepts von Energiegenossenschaften sind. Es geht bis zu einem gewissen Grad Hand in Hand mit bestimmten politischen Idealen oder umgekehrt: Es steht im Widerspruch zu anderen.

Eine befragte Person hebt hervor, dass insbesondere potenzielle Kostenreduzierung ein entscheidender Faktor für die Teilnahme ist. Die Aussicht auf geringere Energiekosten erhöht die Bereitschaft von Menschen, sich an Energiegemeinschaften zu beteiligen, und funktioniert dadurch als ein starker Anreiz. Es wurde auch betont, dass, wenn Kosten von Energiealternativen die einer EG übersteigen, Menschen in manchen Fällen bereit sind, ihre idealistischen Interessen beiseitezulassen.

Als die Teilnehmer der Interviews gefragt wurden, welche Muster sie beim Engagement in Energiegemeinschaften erkannt hatten, haben Expert*innen vorgehoben, dass der Kampf gegen den Klimawandel ein Hauptgrund ist, warum Menschen sich engagieren wollen.

Einige befragte Personen wiesen darauf hin, dass das Engagement vor allem in bestimmten sozialen Gruppen stattfindet, bzw. in dem “Grünen-Bubble”, wo Leute schon sich mit Energiewende engagieren. Während es Potenziale zur Ausweitung in andere gesellschaftliche Gruppen gibt. Eine von denen hat auch das Potenzial betont, EGs als Vermittler von Souveränität zu sehen, um Menschen mit unterschiedlichen Interessen zu

engagieren. Eine befragte Person hebt hervor, dass viele Energiegemeinschaften bewusst nicht auf individuelle Selbstversorgung anstreben, sondern nach Lösungen für die gesamte Gesellschaft streben.

Ein besonderes Muster betrifft den Widerspruch zwischen individueller Bereitschaft und der wahrgenommenen gesellschaftlichen Beteiligung. Die befragte Person beschreibt dieses Phänomen als „pluralistische Ignoranz“: Während die Bereitschaft, sich an Klimaschutzmaßnahmen zu beteiligen, generell hoch ist, unterschätzen Einzelpersonen die Bereitschaft anderer zur Beteiligung deutlich. Diese Falschwahrnehmung wirkt sich negativ auf das eigene Verhalten aus, da Engagement als wirkungslos oder zu kostspielig empfunden wird, wenn es nicht kollektiv unterstützt zu sein scheint. Die Demonstration von lokaler Bereitschaft zur Beteiligung wurde als eine Handlungsmöglichkeit für Energiegemeinschaften angeboten, um kollektives Handeln zu fördern.

Zu der Frage, ob politische Einstellungen und Aktivitäten im Kontext von Energiegemeinschaften übereinstimmen, wurde von den meisten Befragten hervorgehoben, dass meistens die Motivation von einer umweltpositiven Einstellung kommt. Einer von ihnen fügte hinzu, dass sich Beteiligte häufig politisch motiviert sind, die Veränderungen voranzutreiben; dadurch sind politische Einstellungen und Verhalten miteinander verbunden. Der estnische Experte schätzte die politische Offenheit der Deutschen als größer ein als die der Esten, was den Unterschied in der Schwierigkeit, eine neue Energielösung in Estland umzusetzen, verdeutlicht, die sich unweigerlich auf den Alltag des Einzelnen auswirkt.

Nur ein*e Expert*in hatte eine etwas andere Ansicht: sie glauben, dass die große Mehrheit von Gesellschaft bereit ist, etwas im Zusammenhang mit EGs zu tun, daher muss der Schwerpunkt darauf liegen, den Aufwand so gering wie möglich zu halten.

Forschungsfrage 3: Gibt es Unterschiede bei der Teilnahme an einer EG zwischen West- und Ostdeutschland?

Um die dritte Forschungsfrage zu beantworten, wurden die Befragten zuerst gefragt, welchen Bereich in Deutschland sie in ihrer Arbeit abdecken. Die meisten der Befragten beschäftigen sich professionell mit Energiegemeinschaften in einer Organisation, die auf der nationalen Ebene funktioniert. Das heißt, dass sie einen besseren Überblick über die Situation auf der lokalen Ebene haben, statt einer, die das ganze Land abdeckt. Deshalb

waren die Expert*innen nicht in der Lage, aktuelle Daten zur Teilnahme an EGs vorzulegen. Das Fehlen aktueller Daten wurde auch von den Expert*innen selbst erwähnt.

Es wurde hervorgehoben, dass es Unterschiede in West- und Ostdeutschland in der Mentalität gibt: Es gibt eine Art von Gruppenmentalität in Ostdeutschland, wobei das Denken der Menschen gemeinschaftlich ausgeprägt ist, noch aus DDR-Zeiten, wo genossenschaftliche Betriebe als Konzept häufiger vorkamen. In Westdeutschland sind die Effekte von einer kapitalistischen Ordnung mehr auf Einzelpersonen fokussiert und weniger auf gemeinsame Initiativen gerichtet.

Die Mehrheit der Befragten bewertete die landesspezifischen Regulierungen als einflussreicher als die geografische Zuordnung zu Ost- oder Westdeutschland. Obwohl Unternehmen bundesweit auf ein vergleichbares Beratungs- und Unterstützungsangebot zurückgreifen können, führen die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Bundesländer zu einer regional variierenden Förderlandschaft.

Einige Expert*innen haben beobachtet, dass die Verfügbarkeit der Daten über bundesweite Beteiligung immer noch eher eingeschränkt ist. Es gibt Untersuchungen und Berichte aus einigen Bundesländern, doch liegen derzeit keine auf nationaler Ebene durchgeführten Studien vor.

Ein*e Expert*in hob das Verhaltensmuster hervor, das bei Menschen aus Ost- oder Westdeutschland zu beobachten ist. Laut dieser Person variieren die Bereitschaften zu Klimaschutzmaßnahmen, Spenden sowie zur allgemeinen politischen Unterstützung und zum persönlichen Engagement. Interessanterweise wiesen sie darauf hin, dass man einen Umstand beachten muss, der über Wahlergebnisse hinausgeht und viel stärker davon abhängt, dass es Einkommensunterschiede gibt.

Es wurde auch von den Expert*innen gefragt, ob ihrer Meinung nach die Veränderungen in der deutschen Energieversorgung nach Beginn des Ukraine-Krieges Auswirkungen auf das Interesse der Bürger*innen gegenüber Energiegemeinschaften als eine Alternative hatten. Die Befragten sind darin einig, dass die Preise einen direkten Einfluss auf die Menschen haben, was dazu geführt hat, dass sie sich verstärkt mit verschiedenen Möglichkeiten für eine unabhängige Energieversorgung auseinandersetzen. Da Energiepreisen Einzelpersonen direkt und persönlich beeinflussen, wird die Möglichkeit, dass sie ihren Verhalten verändern, deutlich höher. Beitritt zu Energiegemeinschaften ist dabei eine von vielen Optionen, sich stärker selbst zu versorgen. Es wurde deutlich

gemacht, dass Menschen nach dem Anfang des Krieges in der Ukraine einen Frust empfunden haben, wegen ihrer Abhängigkeit von Weltpreisen auf Energie. Dadurch ist die Zahl interessierter Personen gestiegen.

Einer der Befragten hofft, dass immer mehr Menschen Energiegemeinschaften als eine Alternative sehen, um etwas Konstruktives zu machen und ihren individuellen Beitrag zu einem Problem zu leisten, das größere Auswirkungen hat.

Ein*e Expert*in hat auch Aufmerksamkeit auf die größere wirtschaftliche Seite gerichtet. Nach dem Anfang des Konflikts wurde Russland vom europäischen Energiemarkt ausgeschlossen, und in Europa wurde offiziell kein russisches Gas verwendet. Trotzdem sind die Beziehungen zwischen Russland und Indien immer aktiv, wodurch russische Energieproduktion sowieso ihren Weg über Indien nach Europa findet. Politisch gesehen könnte es richtig sein, doch würden höhere wirtschaftliche Erkenntnisse der Menschen ihm ein besseres Verständnis davon geben, welche Energie sie gerade benutzen.

Auch eine andere Befragte hat die geopolitischen Unsicherheiten als Potenzial für den Aufstieg von Energiegemeinschaften:

A5: [...] In Zukunft werden wir in einer Welt leben, die sich in den letzten fünf Jahren sicherlich verändert hat [...] was uns entgegenwirkt, dass wir sicherstellen müssen, dass unsere Energie aus nachhaltigen Quellen stammt. [...] Es wird definitiv von den Bürgern wahrgenommen, und sie erkennen die Notwendigkeit dafür selbst, indem sie, offen gesagt, einfach in ihre Geldbörsen schauen.

Viele Befragte betonen als die größten Herausforderungen für die Bürger*innen die Komplexität der Gründungsprozesse, die Vielzahl formaler Anforderungen sowie den damit verbundenen hohen zeitlichen Aufwand. Bürokratische Verfahren werden dabei nicht nur als administratives Hindernis, sondern auch als indirekter Kostenfaktor verstanden.

Die Befragten verweisen auf finanzielle Aspekte als entscheidenden Faktor. Diese umfassen sowohl direkte Kosten, etwa für Beratung und Gründung, als auch strukturelle Fragen der langfristigen Wirtschaftlichkeit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Schwierigkeit, ehrenamtliche Initiativen in wirtschaftliche Modelle umzuwandeln.

Einige Befragte weisen darauf hin, dass unklare oder sich verändernde politische Rahmenbedingungen die Planbarkeit von Projekten einschränken. Dabei zeigt sich ein Spannungsfeld zwischen nationaler Regulierung, die häufig als komplex wahrgenommen wird, und lokalen Strukturen, die teilweise unterstützend wirken können.

Andere Befragte betonen nochmal die hohen Anforderungen an individuelle Kompetenzen. Die Umsetzung von Energiegemeinschaften erfordert ein breites Spektrum an Kompetenzen, insbesondere in technischen, rechtlichen und finanziellen Bereichen sowie ein hohes Maß an persönlichem Interesse. Das Fehlen dieser kombinierten Fähigkeiten erschwert die Initiierung und Umsetzung entsprechender Projekte erheblich.

Wenn gefragt, ob die Beteiligung an EGs in den verschiedenen Teilen Deutschlands sich unterscheidet, haben einige Expert*innen angegeben, keine klaren Unterschiede erkennen zu können. Dies lässt vermuten, dass sich in den Daten noch kein Gesamtbild der Beteiligung abzeichnet oder dass es an empirischen Belegen fehlt, auf denen eine Bewertung basieren könnte.

Ein weiterer Aspekt betrifft den Datenmangel. Eine Person betont, dass es keine umfassenden, bundesweiten Datensätze zur Beteiligung an Energiegemeinschaften gibt. Vorhandene Berichte erfassen lediglich Teilmengen (z. B. Mitglieder bestimmter Verbände) und bilden somit nicht das gesamte Spektrum der Aktivitäten ab, was erschwert eine fundierte Vergleichbarkeit der Beteiligung erheblich.

6. Fazit

Die vorliegende Bachelorarbeit hat untersucht, wie der Gründungsprozess einer Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft (EEG) in Deutschland aussieht, inwieweit politische Einstellungen die Teilnahme der Menschen daran beeinflussen und ob sich dabei Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zeigen. Auf der Grundlage von fünf Expert*innen-Interviews lassen sich nach Ergebnisanalyse folgende zentrale Erkenntnisse festhalten.

Die befragten Expert*innen haben bei der ersten Forschungsfrage betont, dass fehlende Vorkenntnisse in der Projektplanung, bürokratische Hürden sowie hohe Anforderungen an technische, rechtliche und finanzielle Kompetenzen den Einstieg für Menschen erschweren. Es wird deutlich, dass die Mehrheit der aktiv Engagierten entweder zu der älteren Generation gehört oder beruflich im Energiesektor tätig ist.

Zu dem Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und Teilnahme gibt es verschiedene Begründungen. Finanzielle Anreize, wie niedrigere Energiekosten oder Gewinnbeteiligungen, wirken als Motivationsfaktoren, die auch politisch weniger engagierte Bevölkerungsgruppen ansprechen können. Es wurde von Frühere Studien hervorgehoben, dass die Menschen durchaus bereit sind, sich zu engagieren, doch die Dauer des bürokratischen Verfahrens und die Fremdheit des Bereichs führen bei ihnen zu Unsicherheit.

Die meisten Befragten betonten, dass die bundeslandspezifischen regulatorischen Rahmenbedingungen einen größeren Einfluss auf die Beteiligung haben als die geografische Zuordnung zu Ost oder West. Die Lohnlücke zwischen Bundesländern wurde auch als ein deutliches Argument für Unterschiede in der Teilnahme hervorgehoben. Das Fehlen landesweiter Daten erschwert es, sich einen Überblick über die Beteiligung an den EGs zu verschaffen.

Für die zukünftige Forschung ergeben sich aus dieser Arbeit unter anderem folgende Schwerpunkte: die eingehende Untersuchung eines konkreten Falls einer Energiegemeinschaft, die Durchführung einer quantitativen Studie zum Bewusstsein der Bevölkerung für Energiegemeinschaften, die vertiefte Erforschung der politischen und wirtschaftlichen Motive für das Verhalten der Menschen oder die Erhebung von Daten zu Energiegemeinschaften in einem Bundesland

7. Quellenverzeichnis

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) (2020): Umwelt & Energie. Online unter: <https://www.afd.de/wahlprogramm-umwelt-energie/> (Stand: 12.05.2026).

AMELANG, Sören u. a. (2021): Vote21: Climate & Energy in German Parties' Election Programmes. Factsheet. Clean Energy Wire. Online unter: <https://www.cleanenergywire.org/factsheets/vote21-climate-energy-german-parties-election-programmes> (Stand: 21.02.2026).

BLICKLE, Paul/Ehmann, ANNICK/Endt, Christian/STAHNKE, Julian/TRÖGER, Julius/VENOHR, Sascha (2021): So hat Ihre Gemeinde gewählt. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/ergebnisse-bundestagswahl-gemeinde-karte> (Stand: 17.05.2026).

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE (BMWi) (Hrsg.) (2019): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019. Berlin. Online unter: <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.html> (Stand: 22.05.2026).

BÜNDNIS BÜRGERENERGIE E.V. (o. J.): Über uns. Online unter: <https://www.buendnis-buergerenergie.de/ueber-uns/> (Stand: 22.05.2026).

DALY, Ciarán (2026): Estonia sees launch of first co-operative renewable energy project. In: Co-operative News v. 08.05.2026. Online unter: <https://www.thenews.coop/estonia-sees-launch-of-first-co-operative-renewable-energy-project/> (Stand: 22.05.2026).

DER EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL (o.J.): Europäische Kommission. Online unter: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (Stand: 28.01.2026).

DEUTSCHER BUNDESTAG, Wissenschaftliche Dienste (2024): „Energy Sharing“: Regelungen zur gemeinsamen Energieerzeugung und -nutzung. Sachstand, WD 5 – 3000 – 134/24, Abschluss der Arbeit: 2. September 2024. Berlin: Deutscher Bundestag. Online unter:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1025902/c2b38ad50dc8336a4a0d99e41990a25f/WD-5-134-24-pdf.pdf> (Stand: 28.11.2025).

DIE GRÜNEN (2021): Bundestagswahlprogramm 2021. Online unter: https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf (Stand: 19.05.2026).

DTS NACHRICHTENAGENTUR (2025): Destatis: Nettoeinkommen zwischen Ost und West nähern sich. Online unter: <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2025-10/66605328-destatis-nettoeinkommen-zwischen-ost-und-west-naehern-sich-an-003.htm> (Stand 20.05.2026).

DGRV (2022): Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften: Gemeinsam die Energiewende gestalten. Online unter: <https://erneuerbare-energie-gemeinschaften.de/> (Stand: 13.04.2026).

ETIS (o. J.): Erki Tammiksaar. Eesti Teadusinfosüsteem. Online unter: https://www.etis.ee/CV/Erki_Tammiksaar/eng/ (Stand: 30.04.2026).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2019): Clean Energy for All Europeans Package. Online unter: https://wayback.archive-it.org/12090/20241209144917/https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-strategy/clean-energy-all-europeans-package_en (Stand: 22.05.2026).

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2022): EU-Strategie für Solarenergie. In: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Brüssel, S. 4. Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0221> (Stand: 10.05.2026).

EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF (2026): Energiegemeinschaften – Potenzial ist noch nicht voll ausgeschöpft. In: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Sonderbericht 10/2026, S. 4–7. Online unter: <https://www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2026-10> (Stand: 10.05.2026).

EUROPÄISCHE UNION (2023): Energiegemeinschaften zur Förderung der Energiewende in Europa verhelfen. In: Community Research and Development Information Service Newsletter. Online unter: <https://cordis.europa.eu/article/id/448112-helping-energy-communities-bolster-europe-s-energy->

transformation/de#:~:text=Energiegemeinschaften%20werden%20in%20der%20Regel, und%20B%3%BCrger%20in%20den%20Vordergrund. (Stand: 5.12.2025).

FALK, Armin/FALLAK, Mark/STÖTZER, Lasse (2022): Individuelle Bereitschaft zum Klimaschutz. Sind die Menschen in Deutschland bereit, aktiv etwas gegen den Klimawandel zu tun? Wovon hängt diese Bereitschaft ab? In: ECON Tribute, policy brief No. 035. Online unter: <https://www.econstor.eu/handle/10419/268591> (Stand: 22.11.2025).

FLICK, Uwe (2012): Leitfaden-Interviews. Das Experten-Interview. In: Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 126, 146, 216.

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP) (2021): Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021. Online unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf (Stand: 22.05.2026).

GEMMER, Monika (2022): Bundestagswahl 2021: Wer rettet das Klima? Die Wahlprogramme im Vergleich. In: Frankfurter Rundschau. Online unter: https://www.fr.de/politik/bundestagswahl-2021-wahl-programm-parteien-gruene-cdu-spd-linke-fdp-afd-klima-lt-zr-90901403.html?utm_source=_shared&utm_medium=west&utm_campaign=interaction_bar (Stand: 10.04.2026).

GENTE Project (2025): The development of energy communities in Europe. Online unter: <https://genteproject.com/wp-content/uploads/2025/06/GENTE-paper-Development-of-Energy-Communities-PU-P-R1.pdf> (Stand: 01.04.2026).

HANKE, Florian/GUYET, Rachel (2023): The struggle of energy communities to enhance energy justice: insights from 113 German cases. In: Energy, Sustainability and Society 13, Art. 16. Online unter: <https://doi.org/10.1186/s13705-023-00388-2> (Stand: 22.05.2026).

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (o. J.): European Democracy Conference 2024: Speaker Bios. Online unter: <https://www.boell.de/en/european-democracy-conference-2024-speaker-bios> (Stand: 30.04.2026).

HIRNDORF, Dominik (2024): Wachsende Unterschiede zwischen Wählerschaften.

Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu politischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat. Monitor Wahl- und Sozialforschung. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Wachsende+Unterschiede+zwischen+W%C3%A4hlerschaften.pdf/345b697c-33a2-3e72-a02e-4ae4f932262b?version=1.0&t=1733320120137> (Stand: 30.03.2026).

IBEG (2025): Institut für Bioenergiedörfer Göttingen e.V. Online unter: <http://www.bioenergiedorf.info/index.php?id=startseite> (Stand: 12.04.2026).

INTERNATIONAL ENERGY AGENCY (2025): World Energy Outlook. S. 38. Online unter: <https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2025#downloads> (Stand: 18.02.2026).

KAIM-ALBERS, Nicole/RUSZEL, Mariusz (2017): Energy Policy Transition – The German Perspective. S. 117-133. In: Energy Policy Transition: vgl.: Ignacy Lukasiewicz energy Policy Institute.

JANSON, Matthias (2021): So haben Ost und West gewählt. Zweitstimmenanteil der Parteien bei der Bundestagswahl 2021 in Ost- und Westdeutschland. Infografik. Statista. Online unter: <https://de.statista.com/infografik/25874/zweitstimmenanteil-der-parteien-bei-der-bundestagswahl-2021-in-ost-und-westdeutschland/> (Stand: 13.04.2026).

KITSIKOPOULOS, Dimitris (2020): Energy in the hands of citizens. An example from Germany: Transition from collective models of energy production. Online unter: <https://gr.boell.org/en/2020/02/06/energy-hands-citizens-example-germany-transition-collective-models-energy-production> (Stand: 12.04.2026).

LEPIK, Krista/HARRO-LOIT, Halliki/KELLO, Katrin/LINNO, Merle/SELG, Marju/STRÖMPL, Judit. (2025): Sotsiaalse Analüüsi Meetodite ja Metodoloogia õpibaas. Kvalitatiivse Intervjuu-uurimuse kavandamine. Online unter: <https://samm.ut.ee/intervjuu/> (Stand: 10.04.2026).

MAYRING, Philipp. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Weinheim und Basel: Beltz Verlag. S. 67, 119.

NATUR-ENERGIE REGION HANNOVER. (2026): Beitrittserklärung. Online unter: https://www.naturenergie-hannover.de/sites/naturenergie-hannover.de/public/NERH_Checkliste_inkl_Beitrittserklaerung_022025.pdf

(Stand:12.05.2026).

REINER-LEMOINE-INSTITUT (o. J.a): Avia Linke. Reiner-Lemoine-Institut. Online unter: <https://reiner-lemoine-institut.de/person/avia-linke/> (Stand: 22.05.2026).

REINER-LEMOINE-INSTITUT (o. J.b): Institut. Online unter: <https://reiner-lemoine-institut.de/institut/> (Stand: 22.05.2026).

SPD-ZUKUNFTSPROGRAMM (2021): 2.1. Zukunftsmission I. Klimaneutrales Deutschland. S: 9. Online unter: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>. (Stand: 20.05.2026).

TRÄGER, Hendrik. (2022a): Die Bundestagswahl 2021 im Ost-West-Vergleich: Differenzen und Angleichungen beim Wahlverhalten. GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 71(1), 14-20. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.03>.

TRÄGER, Hendrik. (2022b): Ost vs. West, Nord vs. Süd, Stadt vs. Land? Regionale Spezifika des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 2021. S: 14. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2022, Vol. 53, No. 2.

VANSINTJAN, Dirk/VRETTOS, Chris (2023): From fringe to mainstream: the opportunities (and risks) of a thriving community energy movement. In: European Sustainable Energy Week v. 06.04.2023. Online unter: https://sustainable-energy-week.ec.europa.eu/news/fringe-mainstream-opportunities-and-risks-thriving-community-energy-movement-2023-04-06_en (Stand: 22.05.2026).

WELSCH, Heinz (2022): What Shapes Satisfaction with Democracy? Interests, Morals, and the German East-West Divide. In: Social Indicators Research 163, H. 1, S. 197-217. Online unter: <https://doi.org/10.1007/s11205-022-02893-x> (Stand: 22.05.2026).

8. Resümee

Viimastel aastatel on Euroopa Liidus üha enam arutletud roheenergia kasutamise üle kliimamuutuste kontekstis. Käesolev bakalaureusetöö uurib seoseid poliitiliste hoiakute ja kodanike taastuvenergia kogukondade osaluse vahel Saksamaa kontekstis. Töö käsitleb kolme uurimisküsimust: milline on energiakogukonna asutamise protsess Saksamaal, mil määral mõjutavad inimeste poliitilised vaated nende osalemist ning kas Lääne- ja Ida-Saksamaa vahel esineb selles kontekstis erinevusi.

Töö teoreetiline osa tugineb Euroopa Komisjoni ja Saksamaa Bundestagi definitsioonidele energiakogukondadest, 2021. aasta Bundestagi valimistulemustele ja valimisprogrammide teemakohastele ülevaatele. Samuti tuuakse näiteid uuringutest Ida- ja Lääne-Saksamaa valimiskäitumise kohta ning luuakse seoseid demokraatia rahulolu tasemega. Empiiriline osa põhineb viiel poolstruktureeritud kvalitatiivsel ekspertintervjuul, mis viidi läbi märtsis ja aprillis 2026.a. Intervjueeriti spetsialistide uurimisinstituutidest, ülikoolidest ja avaliku sektori asutustest, kes on seotud energiakogukondade valdkonnaga Saksamaal.

Töö tulemused näitavad, et asutamisprotsessi peetakse halduslikult keerukaks. Poliitilised hoiakud näivad olevat osalemisega teatud määral seotud: aktiivne kaasatus koondub sageli keskkonnasõbralike või vasaktsentristlike vaadetega inimeste hulka. Sealjuures majanduslikud stiimulid, näiteks madalamad energiakulud, võivad inimeste silmis poliitilistest hoiakutest kõrgema väärtusega olla. Piirkondlike erinevuste osas märkisid intervjueeritavad, et liidumaa tasandi regulatsioonid mõjutavad osalemist rohkem kui Ida- ja Lääne-Saksamaa geograafiline jaotus.

Märksõnad: energiakogukonnad, taastuvenergia, poliitilised hoiakud, Ida- ja Lääne-Saksamaa, kvalitatiivsed ekspertintervjuud, rohepööre

9. Annotation

In den letzten Jahren gibt es in der Europäischen Union immer mehr Diskussionen über grüne Energieverwendung im Kontext der Klimakrise. Die vorliegende Bachelorarbeit untersucht den Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und der Teilnahme von Bürger*innen an Energiegemeinschaften in Deutschland. Die empirische Grundlage bilden fünf halbstrukturierte qualitative Expert*innen Interviews, die mit Expert*innen im Bereich der Energiegemeinschaften in Deutschland tätig sind. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Gründungsprozess als administrativ komplex wahrgenommen wird und technisches, rechtliches und finanzielles Fachwissen erfordert. Der hohe Zeitaufwand beschränkt die Beteiligung vor allem auf ältere Altersgruppen und Fachleute aus dem Energiesektor. Es ging hervor, dass ökonomische Anreize ein wesentlicher Motivationsfaktor bei dem Beitritt zu Energiegemeinschaften sind. Dabei können wirtschaftliche Anreize, wie beispielsweise niedrigere Energiekosten, in den Augen der Bürger*innen einen höheren Stellenwert haben als politische Überzeugungen. Politische Einstellungen scheinen in gewissem Maße mit der Beteiligung zu korrelieren, wobei sich das Engagement tendenziell auf Personen mit umweltfreundlicher oder Mitte-Links-Orientierung konzentriert. Die Befragten nannten unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene als einflussreicher als die Ost-West-Teilung an sich, räumten jedoch ein, dass es an umfassenden nationalen Daten zu den Beteiligungsquoten mangelt.

Schlüsselwörter: Energiegemeinschaften, erneuerbare Energien, politische Einstellungen, Ost- und Westdeutschland, qualitative Experteninterviews, Energiewende

10. Selbstständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne Hilfe Dritter und ohne
Zuhilfenahme anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.
Die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen sind als solche
kenntlich gemacht.

Autorin: Bettina Pări

.....

(Unterschrift)

.....

11. Lihtlitsents

Mina,

Bettina Päre,

1. annan Tartu Ülikoolile tasuta loa (lihtlitsentsi) minu loodud teose „Zum Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und der Teilnahme an einer Energiegemeinschaft in Deutschland im Zeitraum 2021-2024”, mille juhendajad on Daniel Kulesza ja Elis Vollmer, reprodutseerimiseks eesmärgiga seda säilitada, sealhulgas lisada digitaalarhiivi DSpace kuni autoriõiguse kehtivuse lõppemiseni.
2. Annan Tartu Ülikoolile loa teha punktis 1 nimetatud teos üldsusele kättesaadavaks Tartu Ülikooli veebikeskkonna, sealhulgas digitaalarhiivi DSpace kaudu Creative Commons'i litsentsiga CC BY NC ND 4.0, mis lubab autorile viidates teost reprodutseerida, levitada ja üldsusele suunata ning keelab luua tuletatud teost ja kasutada teost ärieesmärgil, kuni autoriõiguse kehtivuse lõppemiseni.
3. Olen teadlik, et punktides 1 ja 2 nimetatud õigused jäävad alles ka autorile.
4. Kinnitan, et lihtlitsentsi andmisega ei riku ma teiste isikute intellektuaalomandi ega isikuandmete kaitse õigusaktidest tulenevaid õigusi.

Bettina Päre

26.05.2026

12. Anhang

12.1 Anhang 1: Statistische Angaben zum E-Mail-Austausch

	Hat er/sie geantwortet?	Hat er/sie mich weitergeleitet?	Termin festgestellt?	Bundesland
1	Nein	Nein	Nein	Hessen, Frankfurt am Main
2	Ja	Ja	-	Brandenburg, Potsdam
3	Nein	Nein	Nein	Brandenburg, Potsdam
4	Nein	Nein	Nein	Brandenburg, Potsdam
5	Ja	Ja	-	Brüssel, macht Recherche Bundesweit
6	Ja	Ja	-	Brandenburg
7	Ja	Ja	-	Brüssel, macht Recherche Bundesweit
8	Ja	Ja	-	Brüssel, macht Recherche Bundesweit
9	Ja		Ja	Brüssel, macht Recherche Bundesweit
10	Ja		Ja	Estland, Einblick Bundesweit
11	Nein	Nein	Nein	Baden-Württemberg
12	Ja	Nein	Nein	Berlin, Berlin
13	Nein	Nein	Nein	Hessen, Frankfurt am Main
14	Nein	Nein	Nein	Berlin, Berlin
15	Ja	Ja	-	Berlin, Berlin
16	Ja		Ja	Berlin, Berlin
17	Nein	Nein	Nein	Brandenburg
18	Nein	Nein	Nein	Niedersachsen, Lüneburg
19	Ja	Ja	-	Die Schweiz
20	Ja	Ja	-	Brüssel, Belgien
21	Ja		Ja	Brandenburg
22	Ja	Ja	-	Bundesweit
23	Ja	Ja	-	Bundesweit
24	Nein	Nein	Nein	Aachen, Nordrhein-Westfalen
25	Nein	Nein	-	Bonn, Nordrhein-Westfalen
26	Ja		Ja	Bonn, Nordrhein-Westfalen

12.2 Anhang 2: Interviewleitfaden

Einleitung des Interviews:

Ich führe eine Untersuchung darüber durch, wie die Gründung einer Energiegemeinschaft in Deutschland abläuft, welche Motivation Menschen haben, sich an einer solchen Gemeinschaft zu beteiligen, und ob politische Einstellungen dabei eine Rolle spielen. Die Daten werden aus Forschungsgründen erhoben. Darf ich das Interview aufnehmen? Die Audiodateien werden nach der Verteidigung gelöscht, und die Transkription wird nicht veröffentlicht. Wäre es für Sie akzeptabel, wenn Ihr Name in der schriftlichen Arbeit erwähnt wird?

Das Interview gliedert sich in drei Themenblöcke. Zunächst sprechen wir über die Logistik und die Gründung einer Energiegemeinschaft. Anschließend befassen wir uns mit politischen Ansichten, und zum Schluss diskutieren wir kurz über die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland.

Forschungsfragen	Interviewfragen
Wie sieht der Gründungs-/Etablierungsprozess einer EG aus?	In welchem Maße sind die Bürger*innen an Energiegemeinschaften interessiert?
	Wie wichtig ist es, dass sich Bürger*innen für Energiegemeinschaften interessieren?
	Wer sind in den meisten Fällen die Initiatoren des Einrichtungsprozesses? Geht die Initiative von Bürger*innen aus? Welche Unterstützung bietet die lokale Verwaltung (fördert sie das Programm)?
	An wen sollte man sich wenden, wenn man eine Energiegemeinschaft gründen möchte?
	Warum wollen Menschen an EGs teilnehmen?

Inwieweit beeinflussen die politischen Ansichten der Menschen ihre Teilnahme an einer EG?	Inwieweit beeinflussen politische Ansichten Ihrer Meinung nach die Teilnahme der Menschen?
	Welche Muster haben Sie im Engagement von Energiegemeinschaften beobachtet? Stimmen ihre politischen Einstellungen und Aktivitäten überein?
Gibt es Unterschiede bei der Teilnahme an einer EG zwischen West- und Ostdeutschland?	Konzentrieren Sie sich in Ihrer Forschung auf eine bestimmte Region in Deutschland?
	Wie unterscheidet sich die Beteiligung in den verschiedenen Teilen Deutschlands? Warum?
	Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für die Bürger*innen? Glauben Sie, dass die häufigsten Einflussfaktoren auf der lokalen Ebene kontrolliert werden können? Liegt das Problem auf nationaler Ebene? Ermöglichen lokale politische Maßnahmen eine einfache Beteiligung? (Zusatzfrage)
	Hatten die Veränderungen in der deutschen Energieversorgung nach Beginn des Ukraine-Krieges Auswirkungen auf das Interesse der Bürger*innen gegenüber Energiegemeinschaften als eine Alternative?
	Möchten Sie noch etwas hinzufügen?

12.3 Anhang 3: Beispiel-E-Mail 1:

Sehr geehrter Dr. Herr/Frau Beispiel

ich schreibe Ihnen bezüglich meiner Bachelorarbeit die von Frau Elis Vollmer (Universität Tartu) und Herr Daniel Kulesza (Universität Tartu) betreut wird.

Ich studiere an der Universität Tartu in einem kombinierten Studiengang von Germanistik und VWL. Ich war letztes Jahr als Young Energy Ambassador für die Europäische Kommission tätig, wodurch mein Interesse am Thema Energiegemeinschaften geweckt wurde. Derzeit schreibe ich meine Bachelorarbeit mit dem Titel: „Der Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen zur Gründung einer Energiegemeinschaft in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum 2021-2024“.

Im Rahmen meiner Abschlussarbeit möchte ich Interviews mit Experten zu diesem Thema in Deutschland führen.

Ich wollte Sie fragen, ob Sie bereit wären, mir ein Interview zu geben. Das Interview wird ungefähr 45min/1h dauern. Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen die Fragen gerne im Voraus mitteilen.

Vielen Dank im Voraus,

Bettina Päre

Studentin an der Universität Tartu

12.4 Anhang 4: Beispiel-E-Mail 2:

Sehr geehrte*r Herr/Frau Beispiel,

ich heiße Bettina Päre und ich schreibe Ihnen bezüglich meiner Bachelorarbeit. Ich wurde von deiner/m Kollege/in an Sie weitergeleitet. 📧

Ich schreibe meine Forschungsprojekt mit dem Titel: „Der Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen zur Teilnahme und Gründung einer Energiegemeinschaft in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum 2021-2024“.

Im Rahmen meiner Untersuchung führe ich kurze Interviews zu diesem Thema durch und ich wollte Sie gerne fragen und Sie bitten, falls Sie bereit wären, Ihre Erkenntnisse mit mir zu teilen und dieses Thema mit mir zu diskutieren? 🙏

Es konzentriert sich auf drei Kernpunkte:

- Wie sieht der Gründungs-/Aufbauprozess einer Energiegemeinschaft (EG) aus?
- Inwieweit beeinflussen die politischen Ansichten der Menschen ihre Beteiligung an einer EG?
- Unterscheidet sich die Beteiligung an einer EG zwischen West- und Ostdeutschland?

Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen die konkreten Fragen gerne im Voraus mitteilen. :)

Vielen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Päre

Studentin an der Universität Tartu